

EURO-LETTER

Der Euro-Letter wird von der **ILGA-Europa** – Der Europäische Regionalverband des Internationalen Lesben- und Schwulenverbands - [ILGA-Europe - the European Region of the International Lesbian and Gay Association] mit Unterstützung der Europäischen Gemeinschaft – Die Europäische Union gegen Diskriminierung – veröffentlicht.

Herausgeber: Juris Lavrikovs * **Kontakt:** euroletter@ilga-europe.org

Euro-Letter [auf Englisch] abonnieren:

Senden Sie bitte einfach eine Mitteilung ohne Text an: euroletter-subscribe@yahoogroups.com

Bisherige Ausgaben: Alle vorangegangenen Euro-Letter auf Englisch, als auch die deutschen und portugiesischen Übersetzungen von Nr. 76 Januar 2000 und griechische Übersetzungen von Nr. 127 Januar 2006 an, sind im pdf-Format auf unserer Website abrufbar: www.ilga-europe.org/europe/publications/euro_letter

Die ILGA-Europa dankt der Lesbian and Gay Liberation Front e.V. für die deutschen Übersetzungen des Euro-Letter, die auch auf ihrer Website abrufbar sind: <http://www.lgjf.de/ilga-europa/euro-letter/index.htm>

Die in dieser Veröffentlichung enthaltenen Informationen geben nicht unbedingt die Position oder die Meinung der Europäischen Kommission wieder.

In dieser Ausgabe

ILGA-EUROPA

- **PROJEKT GEGEN SOZIALE AUSGRENZUNG VON LGBT-JUGENDLICHEN**
- **DEN SÜD-KAUKASUS AUF DIE LGBT-LANDKARTE EUROPAS SETZEN**
- **KAMPF FÜR GLEICHSTELLUNG BEKOMMT NEUES DESIGN**

EUROPA

- **ILGA-EUROPA BEGRÜSST RESOLUTION DES EUROPAPARLAMENTS ZUR HOMOSEXUELLENFEINDLICHKEIT**
- **VATIKANVERTRETER WEIST EU-BEFÜRCHTUNGEN ZUR HOMOPHOBIE ZURÜCK**
- **DIENSTLEISTUNGSRICHTLINIE: LASST DIE SOZIALEN DIENSTLEISTUNGEN DRAUSSEN!**
- **VERURTEILUNG DER TODESSTRAFE FÜR SCHWULE MÄNNER IM IRAN**
- **SPIDLA LEITET UNTERSUCHUNG ZU GLEICHSTELLUNGSMASSNAHMEN IN DER BESCHÄFTIGUNG EIN**
- **AUSSCHUSS DER REGIONEN PLANT RESOLUTION ZUR DISKRIMINIERUNG**
- **VEREINTE NATIONEN LEHNEN BERATENDEN STATUS VON LGBT-ORGANISATIONEN AB**

FINANZIERUNGSMÖGLICHKEITEN

- **JUGENDFRAGEN**
- **UNTERSTÜTZUNG FÜR NGOS IN DEN 10 NEUEN EU-MITGLIEDSTAATEN**
- **GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG**

GLEICHGESCHLECHTLICHE FAMILIEN

- **ESTLAND: PARLAMENTSRECHTSAUSSCHUSS UNTERSTÜTZT KEINE GLEICHGESCHLECHTLICHE HEIRAT**
- **TSCHECHISCHE REPUBLIK: PARLAMENT BILLIGT SCHWULE PARTNERSCHAFT**
- **TSCHECHISCHE REPUBLIK: KLAUS' UNTERZEICHNUNG DES GESETZES ZUR HOMOSEXUELLEN PARTNERSCHAFT UNWAHRSCHEINLICH**
- **TSCHECHISCHE REPUBLIK: KLAUS WEIST AUFRUF DES MINISTERPRÄSIDENTEN ZUR UNTERSTÜTZUNG HOMOSEXUELLER PARTNERSCHAFT ZURÜCK**
- **IRLAND: IM GOOD FRIDAY ABKOMMEN WIRD DIE RECHTLICHE ANERKENNUNG VON SCHWULEN PARTNERSCHAFTEN GEFORDERT**
- **FINNLAND: REGIERUNG WÜRD KÜNSTLICHE BEFRUCHTUNG ALLEINSTEHENDEN FRAUEN UND LESBEN ERLAUBEN**

SCHWARZES BRETT

- **IGLYO SUCHT MITGLIEDER FÜR IHRE LEITUNGSTEAMS FÜR TRANSGENDER, HIV/AIDS UND KOMMUNIKATION**
- **NORDIRLAND: FORSCHUNG DER GLEICHSTELLUNGSBEHÖRDE ZU LGBT-FRAGEN**
- **AUFRUF ZUR EINREICHUNG VON KONFERENZBEITRÄGEN: "HETERONORMATIVITÄT UND HOMOSEXUALITÄTEN. AUF MICHAEL POLLACK AUFBAUENDE FORSCHUNG"**
- **ERSTE OSTEUROPIÄISCHE UND ZENTRALASIATISCHE AIDS-KONFERENZ**

Quelle: www.ilga-europe.org/europe/publications/euro_letter * Anmerkungen des Übersetzers in eckigen Klammern * In Texten verwendete und nicht erläuterte Abkürzungen: LGBTIQ - Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender [Menschen mit Geschlechtsrollen übergreifender Identität], Intersexuelle, Queer (lesbisch, schwul, bisexuell, transgender, intersexuell, queer), EG – Europäische Gemeinschaft(en), EU - Europäische Union, NGO - nichtstaatliche Organisation.

ILGA-EUROPA

PROJEKT GEGEN SOZIALE AUSGRENZUNG VON LGBT-JUGENDLICHEN

Von Evelyne Paradis

Das gemeinsame Projekt der ILGA-Europa und IGLYO¹⁾ zur sozialen Ausgrenzung von LGBT-Jugendlichen in Europa kommt gut voran! Mehr als 200 Jugendliche und Organisationen haben bereits den Fragebogen beantwortet, den wir verschickten, um Informationen über Diskriminierung von den Jugendlichen selbst zu sammeln.

Weil wir viele wertvolle Antworten erhielten, haben wir beschlossen, weiterhin Fragebögen einzusammeln, bis wir eine annähernd repräsentative Anzahl aus jedem Land erreicht haben. Wir streben an, 40-50 Fragebögen von Einzelpersonen pro Land vorzugsweise **bis Ende April** zu haben. Das würde uns ermöglichen, eine repräsentative Analyse vorzunehmen, die der ILGA-Europa, IGLYO und Ihren Organisationen bei ihren Lobbyaktivitäten helfen würde. Einfach deshalb, weil die Analyse als Beweis für die Notwendigkeit unserer Aktivitäten verwendet werden könnte.

Als kleine Erinnerung: Die ILGA-Europa und IGLYO wollen einen umfassenden Bericht über die soziale Ausgrenzung von LGBT-Jugendlichen in Europa verfassen. Er soll einen Überblick von in europäischen Staaten existierenden Forschungsergebnissen und gesammelten Fallstudien enthalten, der die alltäglichen Erfahrungen der europäischen LGBT-Jugend in Hinsicht auf soziale Ausgrenzung widerspiegelt.

Für weitere Informationen über das Projekt besuchen Sie bitte die Website der ILGA-Europa:
http://www.ilga-europe.org/europe/news/questionnaire_for_young_lgbt_europeans

¹⁾ **IGLYO** [International Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender Youth Organisation = Internationale Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen- und Transgender-Jugendorganisation]

DEN SÜD-KAUKASUS AUF DIE LGBT-LANDKARTE EUROPAS SETZEN

Von Maxim Anmeghichean

Die europäischen Grenzen wachsen über die Grenzen der Europäischen Union hinaus und umfassen südkaukasische Nationen wie Georgien, Armenien und Aserbaidschan. Auch, wenn sie nicht immer im Mittelpunkt bei EuroNews oder BBC stehen, sind sie zweifellos aus allen Gesichtspunkten von Interesse, von der wunderbaren Landschaft und Kultur bis hin zu mannigfaltigen LGBT-Communities, die es in der kaukasischen Kultur gibt, sowie der Menschenrechtssituation.

Vom 13. bis 30. Januar haben die ILGA-Europa und die COC Niederlande eine gemeinsame Untersuchungsmission für den Süd-Kaukasus (Armenien, Georgien und Aserbaidschan) organisiert. Ziel war, Menschenrechtsverletzungen gegenüber LGBT-Menschen in der Region zu erkennen und zu dokumentieren, Zivilgesellschaft und bestehende Initiativen zu erfassen und den gegenwärtigen Zustand im Bereich der Präventionspolitiken für Gesundheit und HIV/AIDS festzustellen. Während der Mission wurden Treffen mit zahlreichen Menschenrechtsaktivisten/innen, HIV/AIDS Präventionskräften, Politikern/innen und nicht zuletzt auch Personen aus der LGBT-Gemeinschaft abgehalten, einschließlich derer, die unter Menschenrechtsverletzungen litten. Auf den gesammelten Informationen aufbauend wird ein Bericht Ende Frühjahr 2006 verfasst und veröffentlicht werden, der zur Interessenvertretung bei europäischen Institutionen verwendet werden wird.

Auch, wenn es noch zu früh ist, über Ergebnisse vor der Veröffentlichung des Berichts zu sprechen, kann man feststellen, dass das Leben von LGBT-Menschen im Süd-Kaukasus alles andere als leicht ist. Systematische Erpressung im Namen der Justizbehörden, Ausnutzung homosexueller Orientierung gegen politische Widersacher, starker Einfluss der orthodoxen oder islamischen Kirchen und eine tief in den südkaukasischen Gesellschaften verwurzelte feindliche Einstellung gegenüber Homosexuellen, Bisexuellen und Transgender sind nur einige der Merkmale. Verfolgen Sie bitte die Aktualisierungen auf der Website der ILGA-Europa für den vollständigen Bericht im Frühjahr.

KAMPF FÜR GLEICHSTELLUNG BEKOMMT NEUES DESIGN

Pressemitteilung der ILGA-Europa, 12. Februar 2006

Heute startet die ILGA-Europa eine neue visuelle Identität [Erscheinungsbild in der Öffentlichkeit]. Das ist ein weiterer Schritt, um die Position der ILGA-Europa noch mehr zu stärken, unsere Kommunikationsstrategie zu verbessern und um Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen- und Transgenderorganisationen (LGBT) in Europa eine bessere Unterstützung für Lobby- und Netzwerkaktivitäten sowie Informationen in ihrem Kampf für Gleichstellung und Gerechtigkeit zur Verfügung zu stellen.

Während des vergangenen Jahres hat die ILGA-Europa entscheidende Fortschritte in ihrem Kommunikationswesen gemacht. Eine der Hauptmaßnahmen war der Start einer neuen Website im letzten Oktober. Die neue Website bietet nicht nur eine bessere Präsentation der Aktivitäten der ILGA-Europa und einen besseren Überblick, sondern schafft auch neue Gelegenheiten und Möglichkeiten für die ILGA-Europa und ihre Mitglieder, Informationen und Wissen auszutauschen und Kampagnen- und Lobbyanstrengungen wirksamer zu koordinieren.

Die neue visuelle Identität ist ein weiterer Schritt, um das Image und die Position der ILGA-Europa als eine der Hauptakteure im Bereich von Gleichstellung und Menschenrechten in Europa auf den neuesten Stand zu bringen und zu modernisieren.

Riccardo Gottardi, Ko-Vorsitzender im Vorstand der ILGA-Europa, erklärte dazu:

"Wir sind erfreut, unsere neue visuelle Identität als einen nächsten Schritt bei der Verbesserung unserer Position und unserer Kommunikation zu starten. Unsere neue Website hat bereits unsere Präsentation und unser Kommunikationswesen entscheidend verbessert, und es gibt weitere Pläne und Ideen für noch mehr Entwicklung und Verbesserungen. Wir planen, in einigen Monaten eine neue Datenbank einzuführen, die die Form, wie wir mit unseren Mitgliedern kommunizieren und unsere Mitglieder untereinander Kontakte knüpfen können, revolutionieren wird.

Wir hoffen, dass unsere Anstrengung, Wunder der heutigen Kommunikationstechnologien gemeinsam mit einem frischeren, modischeren und dynamischeren Design voll auszuschöpfen, LGBT-Organisationen in die Lage versetzen wird, mehr Gleichstellung und Gerechtigkeit in Europa zu erreichen.

EUROPA

ILGA-EUROPA BEGRÜSST RESOLUTION DES EUROPAPARLAMENTS ZUR HOMOSEXUELLENFEINDLICHKEIT

Von ILGA-Europa

Am 18. Januar 2006 verabschiedete das Europäische Parlament mit großer Mehrheit – 468 Ja-Stimmen, 149 Nein-Stimmen bei 41 Enthaltungen - eine Resolution zur Homosexuellenfeindlichkeit in Europa. Das bedeutet eine größere Mehrheit nach Jahren ähnlicher Projekte im Europäischen Parlament.

Patricia Prendiville, Geschäftsführerin der ILGA-Europa, erklärte dazu:

"Die ILGA-Europa ist hoch erfreut über die gestrige Abstimmung im Europäischen Parlament, bei der die Homosexuellenfeindlichkeit in Europa verurteilende Resolution mit einer großen Mehrheit von Abgeordneten verabschiedet wurde. Das ist ein deutliches Signal vom Europäischen Parlament, der einzigen direkt von ihren Bürger/innen gewählten Institution in der Europäischen Union, dass die Mehrheit der Europäer/innen Diskriminierung und Intoleranz aufgrund sexueller Orientierung verurteilen und zurück weisen. Wir begrüßen auch, dass gesondert eingebrachte Änderungsanträge in Hinblick auf die Rechte gleichgeschlechtlicher Partner/innen in der EU ebenfalls stark unterstützt wurden.

Wir sind der Meinung, dass es nun Sache der Europäischen Kommission ist, dieses ausgeprägte Mandat von den europäischen Bürgern/innen zu beachten und darauf mit konkreten Vorschlägen zu reagieren, um zu gewährleisten, dass die Diskriminierung sexueller Orientierung nicht nur in der Beschäftigung verboten wird. Wir fordern die Kommission dringend auf, den Diskriminierungsschutz in die Bereiche der Versorgung mit und des Zugangs zu Waren und Dienstleistungen (in der "Rassenrichtlinie" bereits enthalten, aber nicht für die Beweggründe Alter, Behinderung und sexuelle Orientierung gegeben) auszudehnen und zu gewährleisten, und gleichgeschlechtlichen Partner/innen in der gesamten Union den Genuss ihrer Rechte zu garantieren.

Wir schätzen und unterstützen die Tatsache, dass die Kommission rechtliche Schritte gegen jene Mitgliedstaaten unternimmt, die die Gleichstellungsrichtlinie für Beschäftigung und Beruf weder vollständig übernommen noch umgesetzt haben. Wir schätzen außerdem, dass die Kommission zur Zeit eine Machbarkeitsstudie für die Ausweitung des in der "Rassenrichtlinie" vorgehaltenen Schutzes auf die anderen Beweggründe durchführt.

Diese Resolution und die große Mehrheit für sie ist ein deutliches Anzeichen der Übereinstimmung für Gleichstellung und bedeutet einen Auftrag für die Kommission, eine erweiterte Gesetzgebung zur Antidiskriminierung vorzulegen".

Der vollständige Text der Resolution und alle Hintergrundinformationen (alle Originalanträge für die Resolution, Abstimmungsergebnisse, Debattenprotokolle) sind auf unserer Website [auf Englisch] verfügbar:

www.ilga-europe.org/europe/news/ilga_europe_welcomes_european_parliament_s_resolution_on_homophobia_in_europe

Die vor der Debatte im Europäischen Parlament herausgegebene Medienmitteilung der ILGA-Europa ist ebenfalls von unserer Website [auf Englisch] abrufbar:

http://www.ilga-europe.org/europe/media/ilga_europe_welcomes_european_parliament_s_debate_on_homophobia_in_europe

VATIKANVERTRETER WEIST EU-BEFÜRCHTUNGEN ZUR HOMOPHOBIE ZURÜCK

Quelle: *Katholische Weltnachrichten*, 23. Januar 2006

www.cwnews.com/news/viewstory.cfm?recnum=41987

Rom, 23. Januar 2006 (CWNews.com) – Der Präsident des Pontifikalrats für die Familie hat scharf auf eine Erklärung des Europäischen Parlaments reagiert, in der gefordert wird, dass Mitgliedstaaten gleiche Rechte für Homosexuelle gewährleisten.

Kardinal Alfonso Lopez Trujillo führte aus, dass es absurd und gefährlich sei, zu behaupten, dass eine Regierung "homosexuellenfeindlich" sei, wenn sie es ablehne, homosexuellen Paaren die gleichen Rechte wie heterosexuellen verheirateten Paaren zu gewähren. Die vom Europäischen Parlament

gewählte Herangehensweise, erklärte er, "berücksichtigt nicht, wie die Menschheit von Natur aus geschaffen wurde".

In den heutigen politischen Auseinandersetzungen, sagte der Kardinal, stehe "der Respekt vor der Wahrheit über den Menschen vor Gott: seine psychologische Struktur, seine Sexualität, das wechselseitige Verhältnis, das natürlicherweise zwischen Mann und Frau besteht," auf dem Spiel. Diese Realitäten, fuhr er fort, würden auf der Grundlage "einer Ideologie, mit der angestrebt wird, sexuelle Identität als eine Tatsache darzustellen, die nicht natürlich ist, sondern etwas, das man wählen kann" angegriffen.

DIENSTLEISTUNGSRICHTLINIE: LASST DIE SOZIALE DIENSTLEISTUNGEN DRAUSSEN!

Von Evelyne Paradis

Am 16. Februar stimmt das Europäische Parlament über die umstrittene "Dienstleistungsrichtlinie" ab. Diese viel diskutierte Richtlinie, die auf die Liberalisierung des Dienstleistungsmarkts in Europa abzielt, könnte enorme Auswirkungen auf eine riesige Palette von Dienstleistungen haben, die im allgemeinen Interesse der EU-Gesellschaften und EU-Bürger/innen vorgehalten werden, wie Sozial- und Gesundheitsdienstleistungen. Zwei Parlamentsausschüsse haben widersprüchliche Berichte über den Einbezug sozialer Dienstleistungen in die Richtlinie verfasst; der Ausschuss für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten stimmte dafür, Sozialdienstleistungen auszuschließen, während der Ausschuss für Recht und Binnenmarkt dafür stimmte, sie einzubeziehen.

Die Soziale Plattform hat eine europaweite Kampagne gestartet, um sich für den Ausschluss von sozialen Dienstleistungen von allgemeinem wirtschaftlichem Interesse aus dem Geltungsbereich dieser Richtlinie einzusetzen. Die Plattform verfasste ein Schreiben, in dem klar gemacht wird, dass sie den Ausschluss sozialer Dienstleistungen unterstützt. Wir bitten Sie, diesen Brief (abrufbar auf ihrer Website [auf Englisch]: www.socialplatform.org/code/en/camp.asp?Page=309) an Ihre Abgeordneten zu schicken. Es bleibt noch Zeit zum Handeln!

VERURTEILUNG DER TODESSTRAFE FÜR SCHWULE MÄNNER IM IRAN

Von Christine Loudes

Am 12. Dezember gaben Michael Cashman, Emine Bozkurt und Thijs Berman eine Erklärung zu den kürzlichen Hinrichtungen von schwulen Männern durch die iranischen Behörden ab, in der die Europäische Kommission aufgefordert wird, den Abschluss eines Handels- und Kooperationsabkommens auszusetzen bis der Iran garantiert, dass er keine Personen länger strafverfolgt, verurteilt oder hinrichtet, weil sie homosexuelle Handlungen vornehmen oder vorgenommen haben.

Die Erklärung liegt zur Unterzeichnung für Abgeordnete bis zum 12. März aus. Wir bitten Sie, mit Ihren Abgeordneten Kontakt aufzunehmen und sie einzuladen, die Liste ebenfalls so bald wie möglich und **vor dem 12. März 2006** zu unterzeichnen.

Wenn diese Erklärung verabschiedet worden ist, wird sie der Kommission zugeleitet, damit sie Maßnahmen ergreifen kann.

Haben Sie vielen Dank für ihre Unterstützung für LGBT-Personen im Iran.

Schriftliche Erklärung zu kürzlichen Hinrichtungen schwuler Männer durch die iranischen Behörden

Das Europäische Parlament,

- unter Hinweis auf Bestimmung 116 seiner Geschäftsordnung,

- A.** in der Erwägung, dass kürzlich mehrere junge schwule Männer, darunter mindestens ein Minderjähriger, im Iran hingerichtet worden sind,
- B.** in der Erwägung, dass die Männer wie verlautet wegen des Verbrechens der Vergewaltigung angeklagt und verurteilt waren; allerdings werden solche Beschuldigungen, wie häufig gesagt wird, von der Regierung erfunden, um Hinrichtungen zu erleichtern,

- C. in der Erwägung, dass die Vornahme homosexueller Handlungen im Iran mit dem Tod bestraft wird,
- D. in der Erwägung, dass diese Hinrichtungen der Position des Europäischen Parlaments zur Todesstrafe völlig entgegen stehen,
- E. in der Erwägung, dass die Hinrichtung eines Minderjährigen unmittelbar gegen die Verpflichtung des Iran im Rahmen des Weltpakts für bürgerliche und politische Rechte und des Übereinkommens über die Rechte des Kindes der Vereinten Nationen verstößt,
- F. in der Erwägung, dass die Entwicklung fortgeschrittener Nukleartechnologie, die Situation der Frauenrechte und Menschenrechte im Allgemeinen ebenfalls Anlass zur Sorge geben,
- G. in der Erwägung, dass die Verhandlungen über ein Handels- und Kooperationsabkommen zwischen der EU und dem Iran am 12. Januar 2005 wieder aufgenommen wurden,
 - 1. fordert die Europäische Kommission auf, den Abschluss eines Handels- und Kooperationsabkommens auszusetzen, bis der Iran garantiert, dass er keine Personen strafverfolgt, verurteilt oder hinrichtet, weil sie homosexuelle Handlungen vornehmen oder vorgenommen haben.
 - 2. beauftragt seinen Präsidenten, diese Erklärung gemeinsam mit dem Namen der Unterzeichner/innen dem Rat, der Kommission, den Regierungen der Mitgliedstaaten sowie der Regierung des Irans zu übermitteln.

SPIDLA LEITET UNTERSUCHUNG ZU GLEICHSTELLUNGSMASSNAHMEN IN DER BESCHÄFTIGUNG EIN

Von David Cronin, 09. Februar 2006

www.europeanvoice.com

Die Europäische Kommission hat eine Untersuchung der ordnungsgemäßen Umsetzung der Gesetzgebung zur Antidiskriminierung in den 25 Mitgliedstaaten der EU eingeleitet.

Kürzlich seien Schreiben, in denen nach Einzelheiten der Maßnahmen, um die EU-Richtlinie zur Gleichstellung in Beschäftigung und Beruf aus dem Jahr 2000 umzusetzen, gefragt wird, an alle Regierungen der Union übermittelt worden. Das ist von Quellen im Umfeld von Vladimir Spidla, dem Kommissar für Beschäftigung und soziale Angelegenheiten, bestätigt worden.

Die Richtlinie verbietet Diskriminierung am Arbeitsplatz aufgrund von "Rasse" [ethnischer Zugehörigkeit], ethnischer Herkunft, Religion, sexueller Orientierung oder einer Behinderung.

Spidla hat erklärt, dass die Kommission rechtliche Schritte gegen jede Regierung einleiten wird, die die Richtlinie nicht ordnungsgemäß umsetzt. Das Fristende für die Umsetzung der Richtlinie in nationales Recht war Dezember 2003 für die 15 "alten" Mitgliedstaaten, während die 10 neuen Beitrittsstaaten sie zum Zeitpunkt ihres Beitritts zur EU im Mai 2004 umgesetzt haben mussten.

Homosexualität am Arbeitsplatz war während der Wahlen in Polen im vergangenen Jahr ein umstrittenes Thema. Die rechtsgerichtete Partei für Recht und Gerechtigkeit, die die meisten Sitze einer Fraktion im Sejm, dem nationalen Parlament, gewann, trat dafür ein, dass schwule Männer vom Lehrerberuf ausgeschlossen werden sollten. Der Parteivorsitzende Lech Kaczynski, der Gewinner einer Stichwahl für die Präsidentschaft Polens Ende Oktober, hatte als Bürgermeister von Warschau wenige Monate zuvor eine Gay Pride Parade verboten.

Spidla erklärte im vergangenen Monat, dass alle Maßnahmen zur Entlassung von Lehrern "allein wegen ihrer sexuellen Orientierung grundsätzlich nach der Richtlinie als diskriminierend betrachtet würden". Er antwortete auf eine Frage von Jonas Sjöstedt, einem Abgeordneten von Schwedens Linkspartei.

Sjöstedt sagte, dass er wegen der Versuche, Schwulen- und Lesbenparaden in Polen und Lettland zu verbieten, beunruhigt wäre. Obgleich ein Verbot der ersten Gay Pride Feier in Riga nach einem Gerichtsurteil im Juli aufgehoben wurde, erklärte der lettische Ministerpräsident Aigars Kalvitis, dass es

nicht akzeptabel wäre, dass "sexuelle Minderheiten im tiefsten Herzen Rigas in der Nähe des Doms paradieren".

"Für mich sind Schwulenrechte unter den grundlegenden Rechten angesiedelt" fügte Sjöstedt hinzu. "Wenn einige Mitgliedstaaten die Grundrechte nicht akzeptieren, sollte die Kommission eingreifen."

In Polen ficht ein schwuler Lehrer in Plock, einer Stadt 100 Kilometer nordwestlich von Warschau, gegenwärtig seine Entlassung an.

Robert Bieto, ein Sprecher von Polens Kampagne gegen Homosexuellenfeindlichkeit, erklärte: "Wir haben nur einen Fall wie diesen. In Wirklichkeit ist Homosexualität ein Tabu und wollen sich schwule Menschen nicht zeigen, weil sie Angst davor haben, ihre Jobs zu verlieren. Die Regierung behauptet, es gäbe keine Homosexuellenfeindlichkeit am Arbeitsplatz, aber das ist völlig absurd."

Allerdings betonte ein polnischer Diplomat, dass es Schulbehörden nach nationalem Recht nicht erlaubt sei, Nachforschungen über das Glaubensbekenntnis oder die sexuelle Orientierung irgendeines Lehrers anzustellen. "Einige Meinungen zu diesen Fragen wurden während des Wahlkampfes zum Ausdruck gebracht", fügte der Diplomat hinzu. "Aber offen gesagt hat sie niemand ernst genommen."

AUSSCHUSS DER REGIONEN PLANT RESOLUTION ZUR DISKRIMINIERUNG

Von Christine Loudes

Der EU-Ausschuss der Regionen bereitet eine Resolution nach dem Bericht des Europäischen Parlaments zu Minderheitenrechten und Politiken zur Antidiskriminierung in einem erweiterten Europa im vergangenen Jahr vor. Der Text ist am 12. Dezember 2005 in erster Lesung überprüft worden. Die Berichterstatter sind Herr Boris Sovic aus Slowenien (PES) [Partei der europäischen Sozialisten] und Herr Eberhard Sinner aus Deutschland (EPP) [Christdemokraten].

Der Ausschuss der Regionen sucht nach bewährten Praktiken und schlechten Beispielen in Hinblick auf Diskriminierung einschließlich aufgrund sexueller Orientierung.

Personen oder NGOs, die von Behörden in ihrer Stadt oder Region diskriminiert worden sind, werden gebeten, Informationen an christine@ilga-europe.org zu senden.

Ein Bericht wird vorgelegt werden, um zukünftige Änderungsanträge für die Resolution zu unterstützen.

VEREINTE NATIONEN LEHNEN BERATENDEN STATUS VON LGBT-ORGANISATIONEN AB

Quelle: Pressemitteilung der ILGA-Europa, 25. Januar 2006

Mit einem beispiellosen Vorgehen hat der Wirtschafts- und Sozialrat am Montag, dem 23. Januar 2006, die Bewerbungen des Internationalen Lesben- und Schwulenverbands (ILGA) und des Dänischen Nationalverbands für Schwule und Lesben (LBL) für einen beratenden Status bei den Vereinten Nationen abgelehnt. Zum ersten Mal in seiner Geschichte lehnte der Wirtschafts- und Sozialrat die Bewerbung einer NGO ohne die bei anderen Bewerberinnen üblichen Anhörungen im Schnellverfahren ab.

"Es handelt sich um eine klare Verletzung eines angemessenen Verfahrens und einen Versuch, LGBT-NGOs verfahrensrechtlich zu diskriminieren", erklärt Rosanna Caldera, Ko-Generalsekretärin der ILGA, einem weltweiten Netzwerk von über 400 Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen- und Transgendergruppen.

ILGA und LBL waren in Erwartung einer Anhörung im NGO-Ausschuss vorbereitet, ein strenges Verfahren zu durchlaufen. Allerdings wurden beide Organisationen in einem von Ägypten und der Organisation der Islamischen Konferenz (OIC) beeinflussten Antrag willkürlich abgelehnt, mit einem gemeinsamen Antrag, der im NGO-Ausschuss von Iran, Sudan und ihrem neuesten Verbündeten, den Vereinigten Staaten von Amerika, gestellt wurde. Die Vereinigten Staaten hatten in der Vergangenheit 2002 zugunsten der ILGA gestimmt. In diesem Fall fand es die Bush-Regierung dienlicher, gemeinsam mit Staaten zu stimmen, die sie in allen anderen Zusammenhängen als internationale Außenseiter betrachtet haben, um LGBT-Menschen eine Stimme bei den Vereinten Nationen zu verweigern – einem Recht, das jeder anderen NGO-Kategorie gewährt wird.

Die Bewerbungen von ILGA und LBL wurden im Schnellverfahren mit folgendem Abstimmungsergebnis abgelehnt:

Ja-Stimmen: Kamerun, China, Kuba, Iran, Pakistan, Russische Föderation, Senegal, Sudan, Vereinigte Staaten von Amerika, Zimbabwe.

Nein-Stimmen: Chile, Deutschland, Peru, Rumänien,

Enthaltungen: Kolumbien, Indien, Türkei,

abwesend: Elfenbeinküste.

"Das ist erneut ein klarer Versuch, die Stimmen von Schwulen, Lesben, Bisexuellen und transgener Menschen bei den Vereinten Nationen zum Schweigen zu bringen", erklärt Kursad Kahramanoglu, Ko-Generalsekretär der ILGA. "Aber die Betroffenen, wir als Menschen, werden damit nicht verschwinden: wir werden im gesamten Wirtschafts- und Sozialrat darauf drängen, diese beispiellose Aktion nochmals zu behandeln."

Die nächste ILGA-Weltkonferenz, die in Genf (27. März – 03. April) zeitgleich zur Menschenrechtskommission der Vereinten Nationen abgehalten wird, wird eine Gelegenheit bieten, gegen diese Ungerechtigkeit zu protestieren und sicher zu stellen, dass die Versteckspieltaktiken Ägyptens, des Iran und des Sudans sowie weiterer Staaten, die für ihre schrecklichen Menschenrechtsverletzungen bekannt sind, nicht unbemerkt bleiben. Die ILGA wird es nicht zulassen, dass dieses Problem von der Agenda verdrängt wird, damit Staaten weiterhin ihre LGBT-Bürger/innen strafverfolgen und diskriminieren können, ohne jemandem eine Antwort schuldig zu sein.

Die ILGA wird gegen diesen letzten Rückschlag kämpfen. Sie wird weiterhin weltweit die Rechte von LGBT-Menschen verteidigen und wird die Vereinten Nationen erneut auffordern, die Rechte aller Menschen ungeachtet ihrer sexuellen Orientierung oder Geschlechtsidentität zu berücksichtigen.

Die ILGA möchte dem deutschen Außenministerium, dem dänischen Außenministerium, Human Rights Watch und Amnesty International für ihre Unterstützung in dieser Frage danken und fordert Menschenrechtsvertefcher/innen überall auf, für die nicht diskriminierende Behandlung aller NGOs zu kämpfen, die genau das gleiche Recht haben, bei den Vereinten Nationen vertreten zu sein, wie andere.

Weitere Informationen [auf Englisch] sind auf unserer Website verfügbar:

www.ilga-europe.org/europe/news/un_again_rejects_consultative_status_to_lgbt_organisations
www.ilga-europe.org/europe/guide/country_by_country/denmark/us_votes_with_iran_cuba_sudan_and_zimbabwe_against_two_gay_groups_at_united_nations

FINANZIERUNGSMÖGLICHKEITEN

JUGENDFRAGEN

Quelle: Europäische Kommission

EU-Finanzierung: Jugendprogramm Aktion 5 – Unterstützende Maßnahmen:

Aufruf zur Einreichung von innovativen Zusammenarbeits-, Ausbildungs- und Informationsprojekten.

Die Ziele des Jugendprogramms sind, jungen Menschen zu ermöglichen, sich Wissen, Kenntnisse und Kompetenz anzueignen und eine verantwortungsvolle Bürgerschaftlichkeit auszuüben, um sich so zu einem aktiven Mitglied der Gesellschaft zu entwickeln.

Fristende: 01. Juli 2006 - Weitere Informationen [auf Englisch]:

www.enar-eu.org/en/funding/calls/2006-07-01.shtml

UNTERSTÜTZUNG FÜR NGOS IN DEN 10 NEUEN EU-MITGLIEDSTAATEN

Quelle: Europäische Kommission

Zweites Jahr der vorbereitenden Maßnahmen zur Unterstützung der Zivilgesellschaft in den zehn neuen Mitgliedstaaten, die der Europäischen Union am 01. Mai 2004 beitraten, in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Grundrechte, Pluralität der Medien und der Korruptionsbekämpfung.

Fristende: 03. März 2006 – Weitere Informationen auf Englisch und Deutsch [verkürzt] über die infrage kommenden Aktivitäten, die abzudeckenden Bereiche, die Ausschließlichkeits-, Teilnahme- und

Zuschlagskriterien:

http://europa.eu.int/comm/justice_home/funding/support_ngo/funding_support_en.htm

GESCHLECHTERGLEICHSTELLUNG

Quelle: Europäische Kommission

Das Hauptthema für 2006 ist die Förderung der Gleichstellung der Geschlechter in der lokalen Entwicklung. Jeder Vorschlag muss von einem/r Unterstützer/in vorgelegt werden. Die Unterstützer/innen können sein:

- NGOs auf europäischer Ebene mit Mitgliedsorganisationen in mindestens drei EU-Mitgliedstaaten, EEA-Staaten¹⁾ oder Bewerberstaaten (nationale NGOs können sich nicht bewerben).
- Sozialpartner/innen
- Regionale und lokale Behörden
- Transnationale Netzwerke von Organisationen, die anstreben, die Gleichstellung der Geschlechter zu fördern (zusammengesetzt aus Organisationen aus mindestens drei europäischen Staaten)

Fristende: 28. April 2006 – Weitere Informationen [auf Englisch]:

http://europa.eu.int/comm/employment_social/emplweb/tenders/tenders_en.cfm?id=105

¹⁾ EAA [der Europäische Wirtschaftsraum EWR besteht aus den EU-Staaten (Österreich, Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Deutschland, Griechenland, Italien, Luxemburg, the Niederlanden, Portugal, der Republik Irland, Spanien, Schweden und dem Vereinigten Königreich), plus Island, Liechtenstein and Norwegen]

GLEICHGESCHLECHTLICHE FAMILIEN

ESTLAND: PARLAMENTSRECHTSAUSSCHUSS UNTERSTÜTZT KEINE GLEICHGESCHLECHTLICHE HEIRAT

Von Juris Lavrikovs, 10. Januar 2006

Der Rechtsausschuss des estnischen Parlaments beschloss, die Legalisierung gleichgeschlechtlicher Eheschließungen nicht zu unterstützen. Der Rechtsausschuss diskutierte die Frage gleichgeschlechtlicher Eheschließung am 09. Januar 2006 und entschied, dass die gegenwärtige estnische Gesetzgebung ausreichenden Schutz für Lesben- und Schwulenrechte biete.

Veino Linde, Vorsitzender des Rechtsausschusses, stellte fest, es gebe keine Notwendigkeit für eine gesetzliche Regelung homosexueller Partnerschaften. Er fügte hinzu, dass die Abgeordneten öffentliche Einstellungen berücksichtigen müssten und öffentliche Umfragen zeigten, dass die Esten eine gleichgeschlechtliche Eheschließung nicht unterstützten.

Wie schon berichtet verteilten die estnische LGBT-Organisationen in der vergangenen Woche eine öffentliche Stellungnahme, in der die Ministerien für Justiz und soziale Angelegenheiten sowie die Parlamentsausschüsse für Verfassung, Gesetzgebung und Soziales aufgefordert werden, gleichgeschlechtliche Partnerschaften in Estland zu legalisieren. Diese Organisationen forderten diese Institutionen ebenfalls auf, eine Bestimmung aus dem Familienrecht zu streichen, in der gleichgeschlechtliche Eheschließungen, die außerhalb Estlands eingetragen wurden, nicht anerkannt werden.

Estlands Nachrichtenportal delfi.ee berichtet, dass Veino Linde erklärte, er sei sicher, dass das gegenwärtige estnische Parlament diesen Sachverhalt nicht unterstütze und meine, dieses Thema werde zu einer politischen Debatte vor den Wahlen führen.

Heute hat das deutsche Bundesverfassungsgericht in einer einmütigen Entscheidung die Rechte von Transgender Personen unter deutschem Recht gestärkt, insbesondere die Rechte nicht operierter transsexueller Personen, die in gleichgeschlechtlichen Beziehungen leben.

TSCHECHISCHE REPUBLIK: PARLAMENT BILLIGT SCHWULE PARTNERSCHAFT

Quelle: Associated Press, 26. Januar 2006, www.freewmexican.com/news/38509.html#

Das Oberhaus des tschechischen Parlaments beschloss am Donnerstag, gleichgeschlechtlichen Partnern/innen einige Rechte zu gewähren. 45 der 65 Senatoren/innen in dem 81-sitzigen Senat stimmten für das Gesetz, 14 stimmten dagegen. 6 Senatoren/innen enthielten sich.

Wenn auch von Präsident Vaclav Klaus gebilligt, wird die Gesetzgebung Paaren, die ihre Partnerschaft bei den Behörden eintragen lassen, erlauben, Rechte bei Erbschaft und Gesundheitsversorgung ähnlich jener, die gegenwärtig heterosexuellen verheirateten Paaren gewährt werden, auszuüben.

Das Gesetz erlaubt gleichgeschlechtlichen Partnern/innen allerdings keine Eheschließung oder Adoption.

"Das ist eine große Ermutigung für uns", erklärte Jiri Hromada, ein führender tschechischer Schwulenaktivist, als Reaktion auf die Abstimmung. Hromada erklärte, er hoffe, das Gesetz werde auch vom Präsidenten gebilligt und sagte, dass "das Gesetz nicht so kontrovers ist". "Ich bin sicher, der Präsident wird bei seiner Entscheidung alle Begleitumstände berücksichtigen", sagte er.

Anfang des Monats hatten Vertreter/innen von 10 christlichen Kirchen in der Tschechischen Republik den Senat und den Präsidenten zur Ablehnung der Gesetzgebung mit der Warnung aufgerufen, dass sie "das Familienleben schwächen und ein Chaos bei den Werten vor allem der jüngeren Generation anrichten würde".

TSCHECHISCHE REPUBLIK: KLAUS' UNTERZEICHNUNG DES GESETZES ZUR HOMOSEXUELLEN PARTNERSCHAFT UNWAHRSCHEINLICH

Quelle: Prague Monitor, 07. Februar 2006

www.praguemonitor.com/ctk/?id=20060207F00137

Präsident Vaclav Klaus wird wahrscheinlich sein Veto gegen einen Gesetzentwurf zur eingetragenen Partnerschaft einlegen, der gleichgeschlechtlichen Paaren erlauben würde, eine offizielle Partnerschaftsverbinding einzugehen, wird in der Tageszeitung Lidove noviny aus Quellen im Umfeld von Klaus heute berichtet.

Wenn Klaus sein Veto gegen den Gesetzentwurf einlegt, wird es wahrscheinlich unter den Teppich gekehrt, weil es sehr schwer sein wird, 101 Abgeordnete in der 200 Mitglieder umfassenden Abgeordnetenversammlung [Parlament] zu finden, um das Veto von Klaus zu überstimmen, stand in der Zeitung.

Eine Quelle im Umfeld von Klaus teilte der Lidove noviny am Montag mit, dass es für den Präsidenten "praktisch außer Frage stehe", den Gesetzentwurf zu unterzeichnen. Allerdings, "steht auch außer Frage, dass Klaus seine Meinung zu solch einem wichtigen Gesetzentwurf nicht zum Ausdruck bringen wird", verlautete aus der gleichen Quelle.

Einige Verfechter/innen des Gesetzes hoffen, dass Klaus keine große Aufmerksamkeit darauf verwendet und es so ohne sein ausdrückliches Einvernehmen in Kraft treten wird.

"Ich muss sagen, dass ich überrascht bin, dass der Justizrat der Regierung und der Rechtsausschuss des Parlaments beabsichtigen, so etwas der Öffentlichkeit zu präsentieren", sagte Klaus über den Gesetzentwurf am Montag. Allerdings konkretisierte er seine endgültige Haltung zu dem Gesetzentwurf mit dem Hinweis nicht dass das noch Zeit bis kommenden Donnerstag hätte.

"Es wäre ein großer und vielleicht der größte Fehler von Klaus, der einen Mangel an pluralistischer Einstellung offenbaren würde", erklärte Ministerpräsident Jiri Paroubek (mit größter Fraktion regierende Sozialdemokratische Partei, CSSD) gestern der Lidove noviny in Reaktion auf die Position von Klaus. "Ich bin sicher, dass das nicht passieren wird", sagte er.

Klaus hat wiederholt Vorbehalte gegen die Gesetzgebung geäußert, die Menschen des gleichen Geschlechts das Recht gibt, amtliche partnerschaftliche Verbindungen einzugehen. Klaus legte seinen Widerspruch gegen die Gesetzgebung im vergangenen Februar dar, als sie in der Abgeordnetenversammlung, dem Unterhaus des tschechischen Parlaments, debattiert wurde. "Ich betrachte die Eheschließung als eine einzigartige traditionelle Institution. Lasst sie ihre Beziehung irgendwie anders arrangieren. Aber ich bin absolut dagegen, das mit Familie und Eheschließung zu vermischen", erklärte Klaus damals.

Wenn er den Gesetzentwurf unterzeichnet, wird die Tschechische Republik der erste nachkommunistische und 13. europäische Staat sein, der die homosexuelle Partnerschaft einführt.

Unterstützer/innen des Gesetzentwurfs erklären, dass er das Leben homosexueller Partner/innen beim Kontakt zu Behörden erleichtern wird. Die Gegner/innen sagen, er bedrohe die Aufrechterhaltung der heterosexuellen Familie.

Der Gesetzentwurf definiert die Einrichtung und Beendigung einer partnerschaftlichen Verbindung, die in den Personalausweis eingetragen wird. Der Gesetzentwurf gewährleistet das Recht der Partner/innen auf Information über den Gesundheitszustand ihrer Partner/innen und die Möglichkeit, Eigentum, wie bei verheirateten Paaren auch, zu erben. Der Gesetzentwurf bezieht außerdem die Verpflichtung zu Unterhaltszahlungen ein und erlaubt den homosexuellen Partnern/innen, Kinder aufzuziehen, aber es erlaubt ihnen nicht, sie zu adoptieren.

TSSCHECHISCHE REPUBLIK: KLAUS WEIST AUFRUF DES MINISTERPRÄSIDENTEN ZUR UNTERSTÜTZUNG HOMOSEXUELLER PARTNERSCHAFT ZURÜCK

Quelle: Czech Happenings, 12. Februar 2006

www.ceskenoviny.cz/news/index_view.php?id=172480

Präsident Vaclav Klaus weise den Appell von Ministerpräsident Jiri Paroubek (Sozialdemokraten CSSD) zurück, der Klaus aufgefordert hatte, den Gesetzentwurf zur eingetragenen Partnerschaft von Homosexuellen zu unterzeichnen, äußerte Klaus in einer an CTK von seinem Sprecher Petr Hajek heute abgegebenen Erklärung.

Klaus erklärte, der Gesetzentwurf habe nichts mit der Freiheit von Minderheiten zu tun, die Paroubek erwähnte. Der Gesetzentwurf sei "ein Versuch, die Desintegration traditioneller Institutionen, auf der sich die Gesellschaft letztlich gründet, zu legalisieren", sagte Klaus.

Zur gleichen Zeit erklärte Klaus, Paroubek sollte ihn nicht über Begriffe der Freiheit herablassend behandeln. "Der Ministerpräsident hat keinen Auftrag, mich und die Bürgern/innen unseres Landes zu belehren, was Freiheit bedeutet. Mit seinem Brief will mich Paroubek nur in seine Wahlkampagne hineinziehen, was ich kategorisch ablehne", sagte Klaus in seiner Erklärung.

Laut Klaus versuche Paroubek eine Illusion zu schaffen, dass es in der Debatte über eingetragene Partnerschaft um Freiheit und ihre Einschränkung ginge. "Dieser Gesetzentwurf hat nichts mit Freiheit zu tun", sagte Klaus und fügte hinzu, er würde Paroubeks Schreiben nach seiner Rückkehr von den Olympischen Winterspielen in Turin beantworten.

Paroubek hatte in seinem Klaus am Freitag übermittelten Brief geschrieben, dass es nicht das Ziel des Gesetzentwurfs zur homosexuellen Partnerschaft wäre, eine Institution ähnlich zur Ehe zu schaffen, sondern den notwendigen rechtlichen Hintergrund für ein beständiges Zusammenleben eingetragener Partner/innen und für die Regelung ihrer Beziehungen zur Verfügung zu stellen.

Allerdings hatte Klaus schon früher eingewendet, dass der Gesetzentwurf Homosexuellen unbegründet dabei helfen würde, in den Genuss bestimmter Privilegien zu gelangen.

Nicht nur Paroubek, sondern auch der stellvertretende Vorsitzende der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) und Prager Bürgermeister Pavel Bem forderte Klaus, Ehrenvorsitzender der ODS, auf, das Gesetz zur eingetragenen Partnerschaft zu unterzeichnen. Abgeordnete und auch Jan Zahradil, Außenminister im ODS Schattenkabinett, sind gegen die Haltung von Klaus gegenüber dem Gesetzentwurf.

Nach langen Auseinandersetzungen hatte der Gesetzentwurf zur eingetragenen Partnerschaft beide Häuser des Parlaments passiert. Wenn Klaus ihn an die Abgeordnetenkammer zur Bestätigung zurück verweist, würde er die Unterstützung von mindestens 101 der 200 Parlamentsabgeordneten benötigen, um das Veto von Klaus zu überstimmen. Es wird nicht einfach sein, eine solche Unterstützung zu gewinnen.

Im Dezember wurde der Gesetzentwurf von 86 der 147 anwesenden Abgeordneten gebilligt. Die meisten Abgeordneten der ODS und alle mitregierenden Christdemokraten (KDU-CSL) stimmten

gegen das Gesetz, während eine große Mehrheit der Sozialdemokraten, der Abgeordneten der Freiheitsunion (US) und die meisten Kommunisten (KSCM) den Gesetzentwurf unterstützten.

IRLAND: IM GOOD FRIDAY ABKOMMEN WIRD DIE RECHTLICHE ANERKENNUNG VON SCHWULEN PARTNERSCHAFTEN GEFORDERT

Quelle: www.gcn.ie/content/templates/newsupdate.aspx?articleid=491&zoneid=9
23. Januar 2006

Die Gleichstellungsbehörde gab heute einen Bericht heraus, in dem festgestellt wird, dass die Gleichbehandlung von lesbischen und schwulen Paaren in den Gleichstellungsbestimmungen des Good Friday Abkommens enthalten ist.

Das von einer Mehrheit der Bevölkerung der Insel Irland gebilligte Good Friday Abkommen beinhaltet eine Bestimmung für "Gleichwertigkeit von Menschenrechten" im Norden und Süden.

Der Bericht kommt zu dem Schluss, dass das Good Friday Abkommen die irische Regierung verpflichtet, Rechte im Norden und Süden durch rechtliche Anerkennung gleichgeschlechtlicher Beziehungen in der Republik gleichwertig zu den Bestimmungen des Gesetzes zur zivilen Partnerschaft für gleichgeschlechtliche Paare im Norden "anzugleichen".

"Die irische Regierung hat jetzt eine großartige Gelegenheit, über die einfache Gleichwertigkeit im Norden hinaus zu gehen und die Führung bei den Menschenrechten wieder herzustellen, die sie mit der Gleichstellungsgesetzgebung etabliert hat. Sie kann dies tun, indem sie der sechste Staat der Welt wird, der gleichgeschlechtlichen Paaren gleichen Zugang zur zivilen Eheschließung in Kraft setzt" erklärt Eoin Collins, Geschäftsführer für Politikwechsel in GLEN [Gay and Lesbian Equality Network – Gleichstellungsnetzwerk für Lesben und Schwule].

FINNLAND: REGIERUNG WÜRD KÜNSTLICHE BEFRUCHTUNG ALLEINSTEHENDEN FRAUEN UND LESBEN ERLAUBEN

Quelle: *Helsingin Sanomat*, 11. Februar 2006
www.hs.fi/english/article/Government+would+permit+fertility+treatment+for+single+and+lesbian+women/1135218708964

Die finnische Regierung gab am Donnerstag grünes Licht für den Entwurf eines Gesetzes zur künstlichen Befruchtung, ohne den Text zu verändern, der von Justizministerin Leena Luhtanen (SDP) [Sozialdemokratische Partei] vorgelegt worden war. Die Regierung billigte den Entwurf nach einer Abstimmung.

In dem Gesetzentwurf wird kein Bezug auf die familiäre Situation der die künstliche Befruchtung erhaltenden Frauen genommen. Das heißt, dass die Behandlung für alleinstehende Frauen und Frauen in lesbischen Beziehungen erlaubt wäre.

Die Angelegenheit war schwierig für die Regierung. Zwei Minister der Zentrum Partei, der Handels- und Industrieminister Mauri Pekkarinen und der Minister für Landwirtschaft und Forsten, Juha Korkea-aho, verließen die Sitzung, bevor das Thema aufgerufen wurde.

"Sieben Jahre lang habe ich als Minister gedient und noch niemals zuvor habe ich freiwillig bei einer Sitzung gefehlt oder habe mich bei einer Abstimmung enthalten. Ich kann wirklich sagen, dass es sich hierbei nicht um ein alltägliches Ereignis handelt", erklärte Pekkarinen später. Er fügte hinzu, dass er eigentlich lieber in bestimmte Einzelheiten des vorgeschlagenen Gesetzes eingegangen wäre. Pekkarinen und Korkea-aho werden ihre Standpunkte formulieren, wenn der Sachverhalt vor das Parlament kommt.

Der Minister für regionale und kommunale Angelegenheiten, Hannes Manninen stellte den Antrag, dass künstliche Befruchtungen aus medizinischen Gründen auf "Paare mit einer Frau und einem Mann" beschränkt sein sollten. Manninens Vorschlag wurde mit 9 zu 3 Stimmen abgelehnt. Zusätzlich zu Manninen selbst stimmten Verteidigungsminister Seppo Kääriäinen (Zentrum) und Innenminister Kari Rajamäki (SPD) der vorgeschlagenen Einschränkung zu.

Nach dem Gesetzentwurf wäre ein von gespendetem Spermium oder gespendeten Eizellen abstammendes Kind berechtigt, die Identität des/r Spenders/in im Alter von 18 Jahren zu erfahren.

Ulla-Maj Wiereros, stellvertretende Finanzministerin, stellte den Antrag, dass schon im Alter von 15 Jahren informiert werden sollte, aber ihr Antrag wurde mit 11 zu 1 Stimme abgelehnt.

Es hat Versuche seit den 1980iger Jahren gegeben, eine Gesetzgebung zur Regelung der künstlichen Befruchtung zu erlassen. Die größten kontroversen Befürchtungen waren, ob die Behandlung auf heterosexuelle Paare beschränkt werden sollte oder, ob sie allen Frauen zugänglich sein sollte. Der Gesetzentwurf soll in der kommenden Woche im Parlament behandelt werden.

Die meisten europäischen Staaten haben eine Gesetzgebung zur künstlichen Befruchtung. Die Gesetzgebung wurde in Finnland als notwendig angesehen, um die Rechte der Kinder und der Spender/innen von Sperma oder Eizellen zu gewährleisten.

SCHWARZES BRETT

IGLYO SUCHT MITGLIEDER FÜR IHRE LEITUNGSTEAMS FÜR TRANSGENDER, HIV/AIDS UND KOMMUNIKATION

Von IGLYO¹⁾

Im Rahmen unserer Bemühung zur Stärkung des IGLYO-Netzwerks haben wir beschlossen, anzufangen, mit Leitungsteams zu arbeiten. Als Ergebnis des steigenden Arbeitspensums und der Expansion des Netzwerks hat IGLYO erkannt, dass es einen Wandel in der internen Struktur und strategischen Herangehensweise an seine Aktivitäten geben muss, um ihre Ziele zu erreichen. Leitungsteams werden die Initiatoren für die strategische Expansion der Aktivitäten in verschiedenen Politikbereichen sein. Dieser Aufbau wird den Einbezug junger Menschen in die Entscheidungsprozesse der IGLYO verstärken und zu einer größeren Sichtbarkeit von jungen LGBT-Menschen in Europa beitragen. Zu Anfang sollen fünf verschiedene Leitungsteams geschaffen werden, um sich auf folgende Politikbereiche zu konzentrieren:

1. Transgenderfragen 2. HIV/AIDS 3. Kommunikation 4. Frauenfragen 5. Soziale Ausgrenzung

Der vollständige Aufruf ist auf unserer Website [auf Englisch] einsehbar:

www.ilga-europe.org/europe/news/iglyo_seeks_new_members_for_steering_teams

¹⁾ IGLYO [International Lesbian, Gay, Bisexual and Transgender Youth Organisation = Internationale Lesben-, Schwulen-, Bisexuellen- und Transgender-Jugendorganisation]

NORDIRLAND: FORSCHUNG DER GLEICHSTELLUNGSBEHÖRDE ZU LGBT-FRAGEN

Quelle: www.equalityni.org

Die Gleichstellungsbehörde und die Gleichstellungskommission für Nordirland geben gemeinsam einen Aufruf zu Angeboten für ein neues Forschungsprojekt "Lesben, Schwulen und Bisexuellen den Genuss ihrer Rechte nach dem Gleichstellungsgesetz ermöglichen" heraus.

Einzelheiten auf folgender Website [auf Englisch]:

www.equalityni.org/whatsnew/newslist.cfm?catid=1.

AUFRUF ZUR EINREICHUNG VON KONFERENZBEITRÄGEN: "HETERONORMATIVITÄT UND HOMOSEXUALITÄTEN. AUF MICHAEL POLLACK AUFBAUENDE FORSCHUNG"

Von Rainer Bartel

Datum:

09. – 11. November 2006.

Konferenzort:

Johannes Kepler Universität Linz, Altenbergerstraße 69, A-4040 Linz, Österreich.

Organisatoren/innen:

Homosexuelle Initiative Linz (HOSI Linz),
Institut für Frauen- und Genderforschung, Johannes Kepler Universität Linz,

Soziologisches Institut, Johannes Kepler Universität Linz.

Ziele: Darstellung mehrerer Gesichtspunkte lesbischer, schwuler und anderer nicht heterosexueller Lebensweisen innerhalb eines für eine kritische Überprüfung des Konzepts der Heteronormativität als ein Strukturprinzip der Gesellschaft geeigneten Rahmens. Betrachtung der Arbeitsergebnisse von Michael Pollack in Hinsicht auf schwule Studien und Sexualpolitiken. Er studierte Soziologie in Linz, Österreich; Diskussionsperspektiven zur Entwicklung eines entsprechenden Forschungsnetzwerks; Folgerungen aus den Konferenzergebnissen für die politische und kulturelle Agenda ziehen.

Organisation: Das endgültige Fristende für die Einreichung von Konferenzbeiträgen als Zusammenfassung oder vollständiger Text ausschließlich per E-Mail ist der 14. März 2006.

Übermitteln Sie an: rainer.bartel@jku.at

Die Entscheidungen vom wissenschaftlichen Vorstand über die Präsentation von Beiträgen und das Konferenzprogramm sind am 24. April 2006 fällig.

Weitere Informationen: www.hosilinz.at/pollak

ERSTE OSTEUPÄISCHE UND ZENTRALASIATISCHE AIDS-KONFERENZ

Von Bertil Lindblad

Vom 15. bis 17. Mai findet die erste osteuropäische und zentralasiatische AIDS-Konferenz in Moskau statt. Die Konferenz, auf der 1.500 Teilnehmer/innen erwartet werden, bietet eine einmalige Gelegenheit für Politiker/innen, Forscher/innen, Vertreter/innen der Zivilgesellschaft und Menschen mit HIV aus Osteuropa und Zentralasien, Erfahrungen auszutauschen und neue Partnerschaften zu etablieren, um auf die besonderen Merkmale der HIV/AIDS-Epidemie in der Region einzugehen.

Es ist entscheidend, eine ausgeprägte und ausgeglichene Teilnahme von Regierungsvertretern/innen, Wissenschaft und Zivilgesellschaft zu gewährleisten. Im Anhang finden Sie Informationen über die Konferenz auf Englisch und Russisch. Bitte teilen Sie diese Informationen mit Ihren Kollegen/innen und Partnern/innen in der Region. Sie können Konferenzinformationen auch auf Ihrer Website zugänglich machen, wenn Sie einen Link zur Konferenzwebsite anbieten:

www.eecaa2006.org (voll funktionsfähig am 15. Februar 2006).